

Resolution

der FCG-KdEÖ-Landeskonferenz

2. Dezember 2013

Gehaltsverhandlungen

Seit der Unterbrechung der Gehaltsverhandlungen nach der dritten Verhandlungsrunde zwischen den Gewerkschaften (GÖD und GdG-KMSfB) und BM Heinisch-Hosek, in welcher diese nicht einmal wenigstens die Abgeltung der Inflationsrate außer Streit gestellt hatte, folgte bis dato kein neuer Verhandlungstermin.

Empörung in der Kollegenschaft herrscht auch über den Umstand, dass seitens der Beamtenministerin offensichtlich um Stimmung gegen den Öffentlichen Dienst zu machen, über die Printmedien auf unsachliche und unqualifizierte Art und Weise eine Kampagne gestartet wurde. 432 Millionen Euro bis 2017 durch Aussetzen einer Gehaltsvorrückung einsparen zu wollen mit der Argumentation - „Bei der Diskussion geht es schlicht und einfach darum zu verdeutlichen, was andere Angestellte und Arbeiter nicht bekommen“, so BM Heinisch-Hosek - ist unrichtig, da vielmehr in mehr als 70 Kollektivverträgen, die zwischen der Gewerkschaft der Privatangestellten und der Arbeitgeberseite ausverhandelt wurden, eine solche Gehaltsvorrückung ebenso vorgesehen ist.

Österreichs Öffentlicher Dienst zählt im internationalen Vergleich zu den effizientesten, wie in einer aktuellen OECD-Studie nachzulesen ist. Vor allem die Bediensteten der Sicherheitsexekutive leisten 365 Tage im Jahr, 24 Stunden täglich, Dienst an der Allgemeinheit; leider allzu oft auch unter Gefährdung ihrer Gesundheit und wie die letzten Monate auf tragische Weise verdeutlichen, auch unter Einsatz des eigenen Lebens.

Der öffentliche Dienst hat auch im letzten Jahr einen wesentlichen Beitrag zum Sparpaket geleistet, überdies eine Nulllohnrunde hinnehmen müssen.

Die Landeskonferenz der Kameradschaft der Exekutive des Burgenlandes fordert die Bundesregierung zur raschen Fortsetzung der Verhandlungen und Umsetzung eines Gehaltsabschlusses für 2014 auf, der die Erhaltung der Kaufkraft gewährleistet. Ebenso sind öffentliche Äußerungen, die ausschließlich das Vorurteil des „privilegierten Beamten“ bedienen, zu unterlassen.

Selbstverständlich trägt die Kameradschaft der Exekutive den Beschluss der Bundeskonferenz der GÖD vom 20. November 2013 vollinhaltlich mit, der das Präsidium der GÖD ermächtigt, zur Durchsetzung der eingebrachten Forderung gewerkschaftliche Maßnahmen in allen Intensitäten einzusetzen.

Postenschließungen

Medienberichterstattungen der letzten Tage zufolge gibt es offensichtlich im Rahmen der Koalitionsverhandlungen ernsthafte Überlegungen, österreichweit über 100 Polizeidienststellen zu schließen. Obwohl noch keine konkreten Zahlen für das Burgenland bekannt geworden sind, sorgen alleine diese Aussagen für Verunsicherung und Betroffenheit bei Burgenlands Polizistinnen und Polizisten.

Österreich ist eines der sichersten Länder der Welt, das Burgenland trotz seiner sensiblen Ostgrenze das Bundesland mit der niedrigsten Kriminalitätsbelastung und der zweithöchsten Aufklärungsrate bundesweit. Diese objektiv nachvollziehbaren Fakten sind nur auf die hervorragende Arbeit der burgenländischen Polizistinnen und Polizisten, die hohe Einsatzbereitschaft der burgenländischen Sicherheitsexekutive sowie der hohen Polizeipräsenz und Dichte an Polizeidienststellen zurückzuführen. Die durch die effiziente Arbeit von Burgenlands Polizei erreichte Filterwirkung vor allem für die westlicheren Bundesländer und den Ballungszentren Wien und Graz ist zahlenmäßig nicht messbar.

Seit dem Jahr 1991 ist in Abständen Burgenlands Polizei Strukturmaßnahmen einschließlich Dienststellenschließungen unterworfen. Die letzten Standortschließungen als Folge des Wegfalles der Grenzkontrollen liegen gerade wenige Monate zurück. Eine sozial ausgewogene Umsetzung all dieser Maßnahmen für die betroffenen Bediensteten konnte nur im Rahmen von intensiven Interventionen seitens der Kameradschaft der Exekutive (FCG-KdEÖ) erreicht werden.

Die Landeskonzferenz der Kameradschaft der Exekutive des Burgenlands richtet das dringende Ersuchen an die politisch Verantwortlichen, insbesondere an die in die Koalitionsverhandlungen eingebundenen Politiker des Burgenlandes, Bestrebungen, die eine weitere Ausdünnung der Infrastruktur des ländlichen Raumes durch Schließung von Polizeidienststellen wo dadurch eine negative Entwicklung auf die objektiven Sicherheitsverhältnisse im Burgenland befürchtet werden muss, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegen zu treten.